

Rede von Bernadette Ségol, EGB-Generalsekretärin

Sehr geehrter Herr Bundespräsident,
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,
lieber Erich Foglar,
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich überbringe Euch herzliche Grüße des Europäischen Gewerkschaftsbundes, bei dem der ÖGB seit langer Zeit ein starkes, loyales und konstruktives Mitglied ist.

Die soziale Lage in der Europäischen Union verschlechtert sich stetig, auch wenn einige Länder stärker betroffen sind als andere.

Ich werde mich nicht lange mit der Analyse über die Ursachen der Krise aufhalten. Es gibt mehrere. Der Finanzkapitalismus erlitt 2008 einen Zusammenbruch. Banken wurden gerettet, aber zu einem enormen sozialen Preis. Die Last der Zinsen macht es einigen Ländern unmöglich, dem Teufelskreis der Verschuldung zu entkommen. Die wirtschaftliche Basis zerfällt in vielen Ländern, da Unternehmen anscheinend den Investitionsstreik ausgerufen haben.

Zwei Dinge sind aus meiner Sicht zu betonen:

Erstens, die Menschen, die für diese Krise bezahlen, sind nicht diejenigen, die sie verursacht haben.

Zweitens, die wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, die getroffen wurden und werden, um die Krise zu überwinden, sind faktisch und moralisch falsch. Sie beruhen zum Teil auf neoliberalen Bestrebungen. Sie nehmen die Krise zum Anlass, unser Sozialmodell abzuschaffen. Sie beruhen auf nachweislich falschen pseudowissenschaftlichen Modellen. Sie haben versagt.

Um es klar zu sagen, der EGB weiß genau, wie wichtig es ist, gesunde Staatsfinanzen zu haben. Aber wir lehnen vehement die Politik ab, die in vielen Ländern geführt wird, um dieses Ziel zu erreichen. Das Ergebnis dieser Politik ist ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit, die nun vor allem für junge Menschen unzumutbare Ausmaße erreicht hat. Die Rezession hält an und Länder wie Spanien, Portugal, Zypern, Griechenland, Irland befinden sich in einem Teufelskreis aus Rezession und weiteren Sparmaßnahmen. Und kein Land - auch Österreich nicht - ist eine abgeschottete Insel. In einer globalisierten Welt brauchen wir mehr denn je ein starkes Europa.

Freundinnen und Freunde,

in jüngster Zeit gibt es Anzeichen dafür, dass die Sparmaßnahmen in einigen Ländern etwas flexibler gehandhabt werden und den Ländern mehr Zeit eingeräumt wird. Aber es könnte für viele von uns zu spät sein, wenn nicht dringend Maßnahmen ergriffen werden. Die aktuelle Politik bedroht unser soziales Gefüge.–Der öffentliche Dienst wurde ebenso geschwächt wie die Sozialsysteme. Diese Politik muss sich ändern.

Vor diesem äußerst negativen Hintergrund haben wir die Entscheidung des Europäischen Rats im Dezember 2012 begrüßt, das Thema der sozialen Dimension endlich auf die Tagesordnung zu setzen. Wir haben das als - wenn auch schwaches - Echo auf unsere Forderungen betrachtet.

Das Treffen des Europäischen Rates nächste Woche sollte Fortschritte an dieser Front bringen. und ebenso einen Fahrplan für eine Stärkung des sozialen Dialoges.

Vor dem kommenden EU- Gipfel treffe ich die Staats und Regierungschefs, um sie dabei unmissverständlich an ihre Verantwortung zu erinnern. Endlich müssen sie gegen Arbeitslosigkeit und Sozialdumping vorgehen. Wir wollen endlich Taten sehen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Erste Priorität ist der Kampf gegen die dramatische Arbeitslosigkeit. Wir brauchen ein Moratorium über die einseitige Sparpolitik und ein europäisches Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung in Höhe von 1 bis 2% des EU-BIP.

Deshalb wird der EGB nicht nur die Forderung nach einem solchen Investitionsprogramm aufstellen, sondern auch konkrete Konzepte vorlegen.

Natürlich sind wir realistisch. Wir werden alle verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten für dieses Programm prüfen. Nicht nur öffentliche Mittel sind notwendig, auch privates Kapital muss für ein solches Programm gewonnen werden.

Denn, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben bei unserer Konferenz gehört, dass EU-Unternehmen auf einem nicht investierten Kapital von 7 Milliarden sitzen. Dies ist ein unglaubliches Potential! Es muss eine Möglichkeit geben, diese Summen endlich wieder in die Realwirtschaft zurückzuführen und der Finanzspekulation zu entziehen!

Und was ist mit der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung?

Es gilt das gesprochene Wort!

Diesem immer grösseren Skandal der Steuerflucht müssen wir einen Riegel vorschieben. Selbst der City of London sind die unzähligen unappetitlichen Enthüllungen langsam peinlich.

Und was ist mit der Finanztransaktionssteuer, auf die sich 11 Länder im Prinzip geeinigt hatten, die nun aber durch die Angriffe der Finanzindustrie wieder in Frage gestellt wird?

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Nun ein paar Worte zum Sozial- und Lohndumping: Wir kennen es fast überall in der EU. Dadurch werden Menschen gegeneinander ausgespielt. Und gegen die EU.

Solange die EU Sozialdumping zulässt, wird sie von den Arbeitnehmern als ein Instrument angesehen, das gegen die Interessen der Menschen agiert.

Das neue österreichische Gesetz gegen Lohndumping kann ein gutes Beispiel für Europa darstellen: Hier riskieren die Arbeitgeber Geldstrafen, wenn sie unter Tariflohn zahlen. Warum nehmen wir dies nicht als Vorbild für einen sozial gerechten Binnenmarkt in ganz Europa?

Wir begrüßen, dass der Soziale Dialog auf europäischer Ebene endlich aufgewertet werden soll. Aber der europäische Dialog hängt von einem starken Dialog auf nationaler Ebene ab. Es freut mich, dass Österreich ein Vorbild für ein starkes Engagement der Sozialpartner und für den sozialen Dialog darstellt.

Und aus aktuellem Anlass möchte ich Euch sagen: Wer die österreichischen Gewerkschaften in Frage stellt, hat nicht begriffen, wie sehr Euch Millionen von Menschen in Europa um Euer System beneiden!

Österreich ist ein führendes Beispiel. Aber Österreich ist leider alles andere als typisch in Europa. Was in Griechenland passiert ist, es gegen Grundrechte, die die ILO definiert hat. In Rumänien und Ungarn werden die Gewerkschaftsrechte und der Sozialdialog missachtet. Ich könnte noch weitermachen. Die Beziehungen der Sozialpartner auf nationaler Ebene zu zerstören oder auch nur zu schwächen, widerspricht dem Europarecht. Doch wann kommt endlich die passende Antwort der europäischen Kommission? Ich sage es ganz deutlich: Eine echte soziale Dimension der EU ist mit diesen Angriffen auf Gewerkschaftsrechte unvereinbar!

Der EGB hat das europäische Projekt stets unterstützt. Vor allem weil es nicht nur wirtschaftliche Integration anstrebte, sondern auch gedacht war, den sozialen Fortschritt und die Vollbeschäftigung voranzutreiben. So steht es in den Verträgen.

Es gilt das gesprochene Wort!

Wir sind nach wie vor davon überzeugt, dass die Europäische Union ein Projekt ist, in das es sich zu investieren lohnt. Es ist weitaus besser als eine Renationalisierung unserer Ökonomien, die nicht zu mehr und besseren Arbeitsplätzen führen würde. Im Gegenteil, wir wären gezwungen, noch mehr in Konkurrenz zu treten.

Leider scheinen sozialer Fortschritt und die Idee, dass Menschen an erster Stelle stehen, in den Köpfen vieler politisch Verantwortlicher nicht mehr im Mittelpunkt zu stehen.

Vor einem Jahr präsentierten wir im EGB alle gemeinsam unseren Sozialpakt für Europa. Es gab ermutigende Reaktionen, speziell vonseiten bestimmter Fraktionen des Europäischen Parlaments und auch von anderen. Aber die politischen Entscheidungsträger müssen jetzt handeln.

Wir werden unseren Standpunkt während des EU-Wahlkampfs entschieden vertreten und ich bin sicher, dass die österreichische Gewerkschaftsbewegung unsere Politik mittragen wird. Wir müssen gewährleisten, dass der verständliche Zorn der Menschen sie nicht in die Hände rechtspopulistischer Gruppen treibt, wie wir sie in so vielen Ländern sehen.

Freunde, wir führen starke Kampagnen, um den künftigen Weg Europas zum Wohle der Arbeitnehmer und Bürger zu beeinflussen. Ich weiß, ich kann mich auf den ÖGB verlassen, wenn es darum geht, sich für die Forderungen des EGB für ein soziales Europa einzusetzen.

Insbesondere möchte ich dem Brüsseler Europabüro des ÖGB für die unschätzbare Unterstützung danken. Mein herzlicher Dank geht auch an Erich Foglar, der dem EGB und dem sozialem Europa stets als tatkräftiger und zuverlässiger Partner zugewandt ist.

Ich wünsche Euch und dem Kongress alles Gute. Ich danke Euch allen für die aktive und konstruktive Beteiligung in der Vergangenheit und ich blicke mit Zuversicht in unsere gemeinsame Zukunft.

Glück auf!

Es gilt das gesprochene Wort!